

Steuer-Märchen

Mittwoch, 22. Juli 2009

Umfrage: Keiner glaubt den Steuer-Märchen. Überwiegender Teil der Bevölkerung glaubt, dass Wahlkampfversprechen im Hinblick auf Steuersenkungen eine Lüge sind. Debatten über Steuersenkungen „irritierend“.

Die Bundesbürger glauben nicht an Steuergeschenke nach der Bundestagswahl im Herbst. Obwohl CDU und CSU die Verringerung der Steuerlast als wichtigste Wohltat in das Zentrum ihres Wahlkampfes stellen, geht die ganz überwiegende Mehrheit der Deutschen davon aus, dass es angesichts der Staatsverschuldung und der Wirtschaftskrise nach der Wahl zu Steuererhöhungen kommt.

Das ist das Ergebnis einer bundesweiten Umfrage unter 1500 Befragten, die das unabhängige Berliner Meinungsforschungsinstitut Info GmbH im Auftrag des Handelsblatts erstellt hat. Danach rechnen mehr als 73 Prozent der Befragten mit einer steigenden Steuerlast. Nur 8,2 Prozent hingegen glauben dem Steuersenkungsversprechen von Union und FDP.

Bemerkenswert

ist ferner, dass selbst von den Anhängern der CDU/CSU nur elf Prozent dem Steuersenkungsversprechen im Wahlprogramm der Union glauben, wohingegen 64 Prozent von Erhöhungen ausgehen.

Unter den

FDP-Anhängern ist die Skepsis gegenüber dem zentralen Wahlkampfthema ihrer Partei noch ausgeprägter: Hier gehen trotz gegenteiliger Beteuerungen 70 Prozent von einer steigenden Belastung und nur sieben Prozent von Steuerentlastungen aus

Hessens Ministerpräsident

Roland Koch (CDU) erklärt sich die überraschend hohe Skepsis der Wähler gegenüber dem Wahlversprechen Steuersenkung damit, dass „die Leute Steuersenkungen erst dann glauben, wenn sie das Ergebnis auf dem Gehaltszettel sehen“. Trotzdem seien die Entlastungen „eine wichtige, aber nicht die einzige Botschaft unseres Wahlkonzepts“, sagte Koch dem Handelsblatt.

FDP-Finanzexperte Hermann Otto Solms sagte dem Handelsblatt: „Die Mehrheit der Wähler will mit Sicherheit Entlastung, aber offenbar glaubt sie wegen des hohen Staatsdefizits nicht daran. Man wählt aber die Partei, die in ihrem Programm das verspricht, was man will, und nicht das, was man erwartet.“

SPD-Finanzexperte

Joachim Poß sieht dagegen die Umfrage als Bestätigung dafür, dass „die Wähler die Wahllüge der Union durchschauen“.

Der Präsident

des Bundesrechnungshofs, Dieter Engels, findet das Misstrauen der Wähler gegenüber den Versprechen der Politik richtig. „Wenn man sich die Haushaltszahlen nüchtern anschaut, halte ich flächendeckende Steuersenkungen derzeit für ausgeschlossen. Dafür gibt es schlicht keinen Spielraum, und man sollte auch nicht so tun, als sei die finanzpolitische Realität eine andere.“

Auch der Präsident des

Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken, Uwe Fröhlich, wirft der Politik vor, dass „die haushaltspolitischen Herausforderungen noch nicht hinreichend wahrgenommen werden“. Vor diesem Hintergrund seien Debatten über Steuersenkungen „irritierend“.

Das spiegelt

auch die Handelsblatt-Umfrage wider. Auf die Frage, welcher Partei man am ehesten zutraue, die Wirtschafts- und Finanzkrise in den Griff zu bekommen, antworteten 34 Prozent und damit die Mehrheit der Befragten, dass sie keiner Partei mehr zutrauten, die Krise in den Griff zu kriegen. Lediglich neun Prozent der Befragten nannten die SPD, acht Prozent die FDP. Den Grünen trauen die Lösungsfähigkeit wichtiger Probleme nur zwei Prozent zu. Die Union ist beim Thema Lösungskompetenz der SPD inzwischen weit überlegen: Immerhin gehen noch 33 Prozent der Befragten davon aus, dass die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise bei CDU/CSU in guten Händen liegt.

Trotz der

Skepsis der Bürger gegenüber dem schwarz-gelben Wahlkampfversprechen, die Steuern zu senken, liegen Union und FDP in der Handelsblatt-Umfrage der Info GmbH vorne. Wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden 38 Prozent für CDU/CSU stimmen, 13 Prozent für die FDP und 24 Prozent für die SPD. Die Linke käme auf zehn, die Grünen auf elf Prozent und alle anderen Parteien auf zusammen rund fünf Prozent. Gingen die Bundesbürger bis vor kurzem noch von einer Bestätigung der Großen Koalition aus, glauben daran jetzt nur noch 23 Prozent. Inzwischen erwarten 46 Prozent eine schwarz-gelbe Regierung.